

Kreismitglieder- versammlung 2022

DAS LAND IN GUTEN HÄNDEN.

Kreismitgliederversammlung des SPD-Unterbezirks Cuxhaven 2022

– statt des jährlichen Unterbezirksparteitages –

Samstag, 11. Juni 2022 um ca. 13:30 Uhr

Lindenhof-Saal, Geestland-Langen

Impressum:

SPD-Unterbezirk Cuxhaven

Vorsitzender Oliver Lottke, Mitglied des Niedersächsischen Landtages

c/o SPD-Geschäftsstelle Cuxhaven

Bahnhofstraße 26

27472 Cuxhaven

www.spd-kreis-cuxhaven.de

Geschäftsführer Hannes Felix Grosch

Tel.: 04721/665011

E-Mail: hannes.grosch@spd.de

Mitarbeiterin Tina Wilke

Tel.: 04721/6676333

E-Mail: tina.wilke@spd.de

Antragsheft zum a.o. Unterbezirksparteitag als Kreismitgliederversammlung 2022

	Seite
Konstituierung der Konferenz	4
Politische Anträge	5
A1: Aufbau einer europäischen Reederei	5
A2: EU-weite Regeln im Seehandel	7
A3: Anruf-Sammel-Taxen als vollwertigen Bestandteil unseres ÖPNV verstehen	9
A4: Medienkompetenz für alle	10
A5: Radwegebau im Landkreis Cuxhaven beschleunigen	13
A6: Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal	15
Organisationspolitische Anträge	17
O1: Jusos in alle Räte des Landkreis Cuxhaven	17

Antragsnummer	TOP 3
Antragstitel	Konstituierung der Konferenz (UB-Parteitag als Kreismitgliederversammlung)
Antragstellende Gliederung	Unterbezirksvorstand

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Konstituierung der Konferenz

TOP 3. a.-c.: Versammlungsleitung			
Vorname	Nachname	Ortsverein	Funktion
Oliver	Lottke MdL	Loxstedt	Leitung
Daniel	Schneider MdB	Land Hadeln	stellv. Leitung
Claudia	Schuhmacher	Cuxhaven	Schriftführung

TOP 3. d.: Mandatsprüfungs- und Wahlkommission			
Vorname	Nachname	Ortsverein	Funktion
Anke	Rose	Beverstedt	mit Stimmrecht
Sascha	Harre	Cuxhaven	mit Stimmrecht
Michaela	Schwitalla	Geestland	mit Stimmrecht
Thorsten	Gajewi	Hagen	mit Stimmrecht
Mareike	Rehm	Land Hadeln	mit Stimmrecht
Susanna	Köster	Loxstedt	mit Stimmrecht
Heike	Büsing	Schiffdorf	mit Stimmrecht
Matthias	Träger	Wurster Nordseeküste	mit Stimmrecht
Hendrik	Rehm	UB-Vorstand	mit Stimmrecht
Hannes Felix	Grosch	UB-Geschäftsführer	ohne Stimmrecht
Tina	Wilke	UB-Mitarbeiterin	ohne Stimmrecht

Außerhalb der Tagesordnung

Grußwort von Daniela Behrens, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Antragsnummer	A1
Antragstitel	Aufbau einer europäischen Reederei: Sozioökonomisch sicher in die Zukunft
Antragstellende Gliederung	Jusos

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Aufbau einer europäischen Reederei: Sozioökonomisch sicher in die Zukunft**

2 Wir fordern den Aufbau einer europäischen Staatsreederei:

- 3 1. entweder aus der Fusionierung bestehender nationaler Reedereien oder durch die
- 4 Gründung einer gänzlich neuen Reederei,
- 5 2. deren europaweite Mitarbeiter*innen Chancen zur Mitbestimmung via
- 6 Betriebsräten und Gewerkschaften haben, die faire Arbeit und Tarifverträge
- 7 ermöglichen,
- 8 3. die sich zur schnellstmöglichen Klimaneutralität verpflichtet

9

10 **Begründung:**

11 Im Jahr 2008 hat der staatlich betriebene und größte griechische Seehafen Piräus knapp
12 eine halbe Million Container umgeschlagen. Zum Vergleich: der Hamburger Hafen hat
13 mit knapp zehn Millionen Containern im selben Jahr rund das zwanzigfache davon
14 geleistet.

15 Doch im Jahr 2019 hat der Hamburger Hafen mit 9,3 Millionen Containern rund 5%
16 weniger geleistet als 2008. Der Hafen in Piräus wiederum hat sich seit 2008 um mehr als
17 1.000% auf 5,16 Millionen Container im Jahr 2019 gesteigert – was ist passiert?

18 Im Zuge der Finanzkrise, die Griechenland besonders schwer traf, hat der griechische
19 Staat den Hafen an die chinesische Staatsreederei COSCO verkauft. Wie bei allen
20 anderen Projekten der „Neuen Seidenstraße“, tritt der chinesische Staat auch im Hafen
21 von Piräus wirtschaftspolitisch offensiv auf und vergrößert seinen Einfluss auf und in
22 Europa.

23 Ein Ende dieser Expansion ist nicht in Sicht. Mit seinen rund 1,44 Milliarden
24 Einwohner*innen, imperialer Hafenpolitik im südchinesischen Meer und der
25 Nichtbeachtung von Menschenrechten ist China im Turbo auf dem Weg zur Supermacht
26 mit Einfluss auf der ganzen Welt. Soziale, ökonomische und auch ökologische Standards
27 nach europäischem Maßstab haben in der maritimen Wirtschaftspolitik Chinas keinen
28 Platz.

29 Fakt ist: Mit unserer aktuell nationalen Hafen- und Seeverkehrspolitik haben wir gegen
30 eine solche Supermacht keine Chance. Niederländische, deutsche, englische oder
31 belgische Reedereien können allein nicht mit COSCO mithalten.

32 Ein solches sozialdemokratisches Projekt würde die europäische Integration fördern, die
33 Zukunft der europäischen Häfen sichern sowie Menschenrechte und faire Arbeit
34 garantieren.

Antragsnummer	A2
Antragstitel	EU-weite Regeln im Seehandel: Soziale, ökonomische und ökologische Standards in der ganzen EU
Antragstellende Gliederung	Jusos

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **EU-weite Regeln im Seehandel: Soziale, ökonomische und ökologische Standards in der**
2 **ganzen EU**

3 Wir fordern langfristig die Einführung EU-weiter Regeln im Seeverkehr (ausgenommen
4 NGO-Aktivitäten), welche regelmäßig, vor allem aber bei Ersteinlauf der Schiffe in
5 europäische Gewässer, kontrolliert werden:

- 6 1. einen Mindestlohn für Arbeiten in europäischen Gewässern,
- 7 2. einen angemessenen Steuersatz für den Seehandel,
- 8 3. eindeutige Maßstäbe für Schiffsgrößen, Betriebssicherheit und
9 Arbeitsbedingungen,
- 10 4. die Einführung einer europäischen Flagge, unter der alle europäischen Schiffe
11 fahren und die die genannten Standards sicherstellt, sodass diese Ziele für
12 europäische Schiffe schon kurzfristig erreicht werden,
- 13 5. zum Schutz des Klimas die Aufnahme des Mittelmeers in die ECA

14

15 **Begründung:**

16 Der Seehandel hat eine immense Bedeutung für den Welthandel: 90% des globalen
17 Güterverkehrs finden über den Seeweg statt, über 50.000 Schiffe mit einer
18 Gesamtbesatzung von mehr als einer Million Menschen sind dafür 24/7 auf den
19 Weltmeeren unterwegs. Die meisten dieser Schiffe fahren heutzutage unter der Flagge
20 von Staaten wie Antigua und Barbuda, Liberia oder Zypern – doch weshalb fahren
21 deutsche Schiffe z.B. unter zyprischer Flagge?

22 Weil an Bord die nationalen Regelungen des Flaggenstaates gelten. Deutsche
23 Reedereien profitieren von niedrigeren sozialen und ökonomischen Standards. Ganz
24 konkret sparen sie durch niedrige Lohnkosten und das gezielte Ausnutzen von
25 Steueroasen immense Kosten. Das führt zu ausbeuterischen
26 Menschenrechtsverletzungen auf den Schiffen und verbreitert die Schere zwischen arm
27 und reich.

28 Außerdem ist der Seeverkehr verantwortlich für 3% der globalen CO2-Emissionen, 15%
29 der Stickoxidemissionen und 13% der Schwefeldioxidemissionen. Ökologischen
30 Vorgaben zur Minderung dieser Emissionen werden in der von der International

- 31 Maritime Organization (IMO) festgelegten Emission Control Area (ECA) kontrolliert.
- 32 Während Nord- und Ostsee Teil der ECA sind, bleibt das Mittelmeer, wo u.a. der sich in
- 33 chinesischer Hand befindende Hafen von Piräus liegt, unreguliert.
- 34 All dem wollen wir uns entgegensetzen.

Antragsnummer	A3
Antragstitel	Anruf-Sammel-Taxen als vollwertigen Bestandteil unseres ÖPNV verstehen
Antragstellende Gliederung	Jusos

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Anruf-Sammel-Taxen als vollwertigen Bestandteil unseres ÖPNV verstehen**

2 Wir fordern die vollständige Integrierung der Anruf-Sammel-Taxen in unsere
3 Verkehrsverbünde und Tarifzonen. Anruf-Sammel-Taxen sollen dadurch mit normalen
4 Tickets, sowie mit Wochen-, Monats- oder Jahreskarten nutzbar sein.

5

6 **Begründung:**

7 Mobil sein im Ländlichen Raum – das ist ohne ein eigenes Auto häufig nicht möglich.
8 Und trotzdem wird der ÖPNV im Ländlichen Raum immer mehr eingedämmt. Vielerorts
9 wird der eh schon selten fahrende Bus abgeschafft, und durch Anruf-Sammel-Taxen
10 (ASTs) ersetzt. Diese werden dann als ernsthafte Alternative verkauft. Das sind sie aber
11 nicht.

12 Abgesehen davon, dass ASTs telefonisch mindestens eine Stunde vorher bestellt werden
13 müssen, bringen diese vor allem ein großes Problem mit sich. Sie sind komplett
14 abgekoppelt von anderen Preisen und Tarifzonen. Habe ich also ein Ticket für die
15 jeweilige Tarifzone, könnte ich damit noch vom Zug in den Bus steigen und weiterfahren.
16 Beim AST müsste ich nun extra zahlen. Das impliziert dann eben auch, dass Wochen-
17 oder Monatskarten für die ASTs nicht gelten. Jede Fahrt muss dann wieder einzeln extra
18 bezahlt werden. Daher lassen sich ASTs nicht in den Alltag integrieren. Eine tägliche
19 Nutzung ist schlicht und einfach nicht rentabel, dadurch, dass vorhandene Tickets nicht
20 gelten.

21 Viele Ortschaften sind jedoch mittlerweile ausschließlich mit ASTs zu erreichen. Auch für
22 die Menschen dort muss es andere Optionen geben als das Auto um mobil zu sein. Ihnen
23 eine Alternative vorzuschlagen, bei der jede Fahrt zwangsweise einzeln gezahlt werden
24 muss, kann für die Förderung der Attraktivität des Ländlichen Raums nicht die Lösung
25 sein.

26 Wenn uns die ASTs schon als Busersatz verkauft werden, so sollten sie diese zumindest
27 auch ansatzweise ersetzen können. Das kann erst geschehen, wenn sie in die
28 Verkehrsverbünde und Tarifzonen integriert werden. Machen wir ASTs zu einer echten
29 Alternative!

Antragsnummer	A4
Antragstitel	Medienkompetenz für alle: Fakten als Fundament der Demokratie
Antragstellende Gliederung	Jusos

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Medienkompetenz für alle: Fakten als Fundament der Demokratie**

2 Im Internet funktioniert jeder Mensch und jeder Account wie ein Privatsender. Demnach
3 fordern wir, die grundlegenden Ansätze journalistischer Studiengänge in allen Schulen
4 zu lehren.

5 Wir fordern die Einführung eines neuen Schulfaches namens „Medienwissenschaft“, in
6 dem die Kompetenzen

- 7 • der journalistischen Ethik und die Sozialpsychologie,
- 8 • die Informatik,
- 9 • die Analyse von Fake News sowie Quellenarbeit und
- 10 • die Aufklärung über das Potential der alltäglichen Manipulation durch Big Data
11 und Werbung

12 gelehrt werden – in Niedersachsen und allen weiteren Bundesländern.

13

14 **Begründung:**

15 Am 18. November 2020 hat der Deutsche Bundestag das „Dritte Gesetz zum Schutz der
16 Bevölkerung bei einer epidemischen Lage nationaler Tragweite“, auch „Drittes
17 Bevölkerungsschutzgesetz“ genannt, beschlossen. Das Gesetz hat dafür gesorgt, dass
18 die für die Pandemiebekämpfung zuständigen Bundesländer eine präzisere rechtliche
19 Grundlage bekommen haben, auf der sie ihre Schutzmaßnahmen begründen können.

20 Wir alle erinnern uns an das Chaos um die sogenannten „Beherbergungsverbote“, die
21 von Gerichten mal erlaubt, mal gekippt wurden und so zu einem unübersichtlichen
22 Flickenteppich führten, bei dem kein Mensch mehr durchschauen konnte, was nun wo
23 erlaubt ist. Genau solche unklaren Rechtsgrundlagen wurden vom Dritten
24 Bevölkerungsschutzgesetz für alle transparent und klar verständlich vereinheitlicht.

25 Auch die mit den Corona-Schutzmaßnahmen einhergehenden besonders sensiblen
26 Grundrechtseinschränkungen sind somit rechtlich besser abgesichert. Der
27 „Werkzeugkasten“, welche Grundrechte genau zum Schutz vor Corona eingeschränkt
28 werden dürfen, wird dabei vom Dritten Bevölkerungsschutzgesetz nicht angetastet. Die

29 Anzahl der Werkzeuge blieb dieselbe, es entstanden nur besser nachvollziehbare Regeln,
30 wann diese benutzt werden dürfen – und genau hier liegt der Knackpunkt:

31 In Videos von „Verschwörungstheoretiker*innen“ und „Corona-Leugner*innen“
32 kursierten Falschmeldungen, der Bundestag hätte ein neues „Ermächtigungsgesetz“ wie
33 das der Nationalsozialist*innen 1933 beschlossen. Grundrechtseinschränkungen
34 würden mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz willkürlich verhängt werden
35 können, die Bundesregierung hätte den Bundestag ausgeschaltet und Deutschland
36 würde zur Diktatur werden. Insbesondere wurde eine Impfpflicht propagiert, der sich
37 nun alle Menschen beugen müssten.

38 All das ist faktisch falsch und auch eine Impfpflicht kommt im Dritten
39 Bevölkerungsschutzgesetz mit keiner Silbe vor. Trotzdem wurden diese Videos
40 massenweise geschaut – nicht nur von rechtsextremen
41 „Verschwörungstheoretiker*innen“, sondern offensichtlich auch von schlecht
42 informierten Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft. Viele von ihnen folgten den
43 Aufforderungen der „Verschwörungstheoretiker*innen“, auf Websites zu gehen, auf
44 denen standardisierte Textvorlagen nach Eingabe weniger persönlicher Daten
45 automatisch per Mail an die*den zuständige*n Bundestagsabgeordnete*n verschickt
46 wurden. So erreichten den Bundestag innerhalb weniger Tage über 30.000 Mails,
47 teilweise fielen sogar die Server aus.

48 Wir finden: Es kann nicht sein, dass Menschen nicht zwischen Fakten und Fake News
49 differenzieren können und so auf Rechtsextreme hereinfliegen. Diese fehlende
50 Kompetenz ist aber nicht die Schuld der betroffenen Menschen, sie ist ein Fehler im
51 Bildungssystem. Unsere Schulen sind nicht nur mit der Hardware der Digitalisierung
52 überfordert, sie sind auch noch lange nicht auf der Höhe der Zeit, wenn es um den
53 richtigen Umgang mit dem Internet geht.

54 Gerade in der Corona-Pandemie wird deutlich: Die Digitalisierung hat schon längst
55 begonnen. Home-Office via Zoom ist nun Alltag und die Nutzung von digitalen Medien
56 im Lockdown ist größer denn je. Der Digitalverband Bitkom hat in einer repräsentativen
57 Umfrage im April 2020 aufgezeigt, dass die Mediennutzung während der Corona-
58 Pandemie im Jahre 2020 um 75% gestiegen ist. So ist es unbestreitbar, dass die Nutzung
59 von digitalen Medien gerade in diesen Zeiten besonders wichtig geworden ist. Umso
60 wichtiger ist jedoch der Umgang mit digitalen Medien – besonders der Umgang mit
61 unseren Daten.

62 Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist,
63 räumt Bürger*innen das Recht auf Schutz personenbezogener Daten und weitere
64 notwendige Vereinheitlichungen und Verordnungen im Bereich des Datenschutzes in

65 der EU ein. Doch dabei wurde der Datenschutz durch die DSGVO nicht komplett
66 umgewälzt. Vielmehr müssen wir lernen, wie wir bewusst mit unseren Daten umgehen.

67 Für uns ist klar: Digitale Kompetenzen müssen in den Schulen vermittelt werden, denn
68 die selbstbestimmte Teilhabe in der digitalisierten Welt von Morgen muss erlernt
69 werden. Schüler*innen sollen von Anfang an die Grundkonzepte der Datenspeicherung,
70 Datenverarbeitung und des Datenschutzes gelehrt bekommen – sowohl auf
71 theoretischer als auch auf technischer Ebene. Nur so kann das nötige Verständnis für die
72 komplexen Probleme in der aktuellen IT-Landschaft gewonnen werden. Die
73 Schüler*innen sollen im Rahmen der Lehre außerdem Strategien und Techniken gelehrt
74 bekommen, um die Gefahren und Risiken des Datendiebstahls und -missbrauchs
75 abwehren zu können.

76 Zudem soll mit der Abwägung von Chancen und Risiken neuer Technologien, wie etwa
77 der Umgang mit Social-Media-Plattformen, der Nutzung von cloudbasierten Services
78 oder der Nutzung von künstlicher Intelligenz, eine differenzierte Sichtweise gewonnen
79 werden. Gerade der Umgang mit künstlicher Intelligenz muss stets in einem
80 gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Wir fordern daher, dass
81 Schüler*innen während ihrer Schullaufbahn umfangreiche digitale Kompetenzen
82 erwerben, um selbstbestimmt und sicher in der digitalisierten Welt agieren zu können.

83 Doch neben den Grundkenntnissen der Informatik sind für den richtigen Umgang mit
84 und in dem Internet noch weitere Kompetenzen notwendig: Was genau Wissenschaft
85 ist und inwiefern Objektivität und Nachweisbarkeit ihre zentralen Faktoren sind, darf
86 nicht erst auf Universitäten gelehrt werden. Wie man eine Quelle und ihre Seriosität
87 erkennt, muss Allgemeinwissen sein. Wie Medien funktionieren und wie ihre
88 Algorithmen dafür sorgen, dass man immer weiter in eine Bubble hineingerät,
89 womöglich sogar radikalisiert wird, muss allen bewusst sein, die im Internet unterwegs
90 sind.

Antragsnummer	A5
Antragstitel	Radwegebau im Landkreis Cuxhaven beschleunigen
Antragstellende Gliederung	OV Beverstedt

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Radwegebau im Landkreis Cuxhaven beschleunigen**

- 2 1. Der Radwegebau im Landkreis Cuxhaven soll erheblich beschleunigt und
3 ausgeweitet werden.
- 4 2. Um den Radwegbau zu forcieren ist der Einsatz zusätzlicher Mittel notwendig. Diese
5 Mittel könnten z.B. aus den Überschüssen des Landkreises (für 2021 ca. 1,2 Millionen
6 Euro) bereitgestellt werden. Auch muss die Frage gestellt werden, ob Radwege als
7 Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur über Kredite finanziert werden sollen und
8 können und in welchem Umfang eine Kreditaufnahme möglich ist.
- 9 3. Ziel ist es, dass von jeder Ortschaft jeder Nachbarort über gesicherte Radwege zu
10 erreichen ist.

11

12 **Begründung:**

13 Die Klimaveränderungen sind nicht mehr zu leugnen und werden sich in absehbarer Zeit
14 zu einer globalen Klimakrise ausweiten. Damit einher geht, auch auf Grund der aktuellen
15 Entwicklung in Osteuropa, eine Energiekrise.

16 Um den Folgen beider Krisen zu begegnen sind möglichst viele Einzelmaßnahmen, auch
17 regional, notwendig. Am häufigsten werden hier sowohl Energiewende als auch
18 Verkehrswende genannt.

19 Der Focus der Verkehrswende liegt derzeit hauptsächlich im urbanen Bereich. Hier
20 werden Projekte zur massiven Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs angeschoben.
21 Der ländliche Raum wird in dieser Diskussion nur nachrangig behandelt, obwohl mehr
22 als die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum wohnt. Die Diskussion über Verkehr
23 und Verkehrsinfrastruktur bezieht sich hierbei fast ausschließlich auf die Anbindung an
24 Mittel- und Oberzentren, mit der Zielrichtung, das Einpendeln in urbane Räume zu
25 vermindern. Die Diskussion über eine Verkehrswende innerhalb ländlicher Räume wird
26 dagegen fast gar nicht geführt, es wird lediglich über die Verbesserung der Mobilität für
27 Mitbürger ohne eigenes Auto gesprochen, wobei in der Regel auch nur der ÖPNV
28 betrachtet wird. Eine Ausweitung des ÖPNV mit z.B. Anrufsammeltaxi und
29 Bürgerbussen ist hier ein Teil der diskutierten Maßnahmen. Viel zu wenig wird unserer
30 Meinung nach der Radverkehr betrachtet.

31 Das Fahrrad bietet, auch auf Grund des nur rudimentär ausgebauten ÖPNV im
32 ländlichen Raum, das größte Potential klima- und umweltfreundlich mobil zu sein.

33 Damit das Fahrrad aber auch als adäquates Verkehrsmittel und nicht nur als Sport- oder
34 Freizeitgerät gesehen wird, ist es erforderlich, auch ein fahrradgerechtes Verkehrsnetz
35 anzubieten.

36 Mit E-Bike und Pedelec sind insbesondere Kurzstrecken bis ca. 10km problemlos im
37 angemessenen Zeitrahmen zu bewältigen. Zudem bieten Pedelec leistungs- und
38 bewegungseingeschränkten Personen die Möglichkeit, die individuelle Mobilität auch
39 ohne Auto sicher zu stellen.

40 Welches Potential im Fahrradverkehr steckt, soll an einem Beispiel gezeigt werden:
41 Wenn nur die Hälfte aller Haushalte im Cuxland einmal in der Woche für eine Strecke
42 von 10km statt des Autos ein Fahrrad benutzt, wäre bereits eine Minderung der CO²-
43 Emission von ca. 3.000 t pro Jahr möglich. Dazu kommt noch die Minderung von
44 Feinstaub- und Mikroplastik durch Reifenabrieb und Bremsen.

45 In unserem Wahlprogramm für die vergangene Kommunalwahl hat der UB bereits
46 explizit den Radwegebau als Ziel genannt. Und auch Daniel Schneider hat dieses Ziel in
47 seiner Kampagne benannt.

48 Die mittelfristige Finanzplanung des Kreises spiegelt dies jedoch nur bedingt wider. Der
49 Ansatz für den Radwegebau wurde für das Jahr 2023 auf 2,5 Millionen€ angehoben,
50 zusätzlich wurden 500.000€ für den Ankauf von Grundstücken für den Radwegebau in
51 den Haushalt eingestellt, danach fällt der Haushaltsansatz wieder auf 1,5 Millionen €
52 ab. Damit gibt der Kreis pro Jahr und Einwohner lediglich ca. 7,9€ für den Radwegebau
53 aus. Der Vergleich mag ein wenig hinken, aber in Kopenhagen werden pro Jahr und
54 Einwohner für den gleichen Zweck 125€ ausgegeben.

55 Zudem wurde das Thema Radwege in dieser Wahlperiode weder in Ausschüssen noch
56 im Kreistag diskutiert.

Antragsnummer	A6
Antragstitel	Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal
Antragstellende Gliederung	Unterbezirksvorstand & AG Hafenpolitik

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal: Natur & Wirtschaft im selben**
2 **Boot**

3 Der Landesparteitag wird aufgefordert, den Landesparteitagsbeschluss 24/1/2021 um
4 eine achte Forderung zu erweitern:

5 Die SPD fordert

- 6 1. die konsequente Umsetzung des Elbe-Passierverbots von Schiffen, die länger
7 sind, als es die Flussbreite erlaubt (schmalste Flussbreite dividiert durch 2,5),
- 8 2. von weiteren Anpassungsmaßnahmen der Elbe abzusehen und die
9 Schlickverklappung zu beenden,
- 10 3. das Zuschütten von Seitenarmen der Elbe zu verbieten,
- 11 4. die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich im Hamburger
12 Hafen ansiedeln wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch
13 nachhaltige Wirtschaft stehen,
- 14 5. Projekte zur Renaturierung von Elbe und Wattenmeer zu unterstützen,
- 15 6. die maximale Potentialausschöpfung des Jade-Weser-Ports und des
16 Schienenverkehrs von Wilhelmshaven nach Maschen, ~~und~~
- 17 7. mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien
18 ~~und~~
- 19 8. eine nationale Hafenstrategie zur Vernetzung der Häfen in Nord- und Ostsee.

21 **Begründung:**

22 Der ordentliche Landesparteitag der SPD Niedersachsen hat am 29. Mai 2021 in
23 Hildesheim den Antrag „New Blue Deal: Natur & Wirtschaft im selben Boot“ (24/1/2021,
24 Beschlussbuch siehe www.spdnds.de/unsere-parteitage/) angenommen. Der Antrag
25 ging auf Beratungen des ordentlichen Parteitags des SPD-Unterbezirks Cuxhaven im
26 Oktober 2020 zurück.

27 Die AG Hafenpolitik des Cuxhavener Unterbezirksvorstandes hat am 16. Juni 2021 eine
28 digitale Hafenkonferenz mit zahlreichen Fachleuten durchgeführt. Beteiligt waren zu
29 dem Zeitpunkt u.a.

- 30 • Sascha Kuntzmann (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
31 Arbeitnehmerfragen der SPD Cuxland),
- 32 • Fabian Goiny (Stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender der BLG),

- 33 • Jana Kamischke (Vertrauensleutesprecherin HHLA),
- 34 • Uwe Schmidt (Bundestagsabgeordneter, Berichterstatter der SPD-
- 35 Bundestagsfraktion für Seeverkehr, Betriebsrat im GHB Bremerhaven),
- 36 • Thorsten Schut (Betriebsratsvorsitzender ELAG/EVAG),
- 37 • Johann Saathoff (SPD-Bundestagsabgeordneter aus Aurich, Mitglied im
- 38 Ausschuss für Wirtschaft und Energie) und
- 39 • ver.di.

40 Im Ergebnis wurde der Beschluss des Landesparteitages begrüßt, jedoch die Aufnahme
41 einer achten Forderung gewünscht. Zur Begründung der achten Forderung heißt es:

- 42 • Nationale Hafenstrategie!

43 Hafenkooperation ist das Stichwort, das die einzig nachhaltige Alternative zur
44 Elbvertiefung bietet. Wenn wir Zuständigkeiten klar absprechen und damit den
45 tiefgang-abhängigen Verkehr der Mega-Carrier auf andere Häfen wie den Jade-Weser-
46 Port lenken, bekommen wir das Problem der Elbvertiefung in den Griff. Dafür müssen
47 wir Kernkompetenzen bündeln und Konkurrenz untereinander mit anderen Häfen der
48 Nordrange mindern.

49 Für die Begründungen der anderen sieben Forderungen wird auf das Antragsbuch zum
50 ordentlichen Landesparteitag 2021 verwiesen.

Antragsnummer	O1
Antragstitel	Jusos in alle Räte des Landkreis Cuxhaven
Antragstellende Gliederung	Jusos

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Jusos in alle Räte des Landkreis Cuxhaven**

2 Wir fordern eine Juso-Quote für alle Wahlvorschläge des jeweils zuständigen Vorstands
3 an das wählende Gremium.

4 Konkret soll jeder Wahlvorschlag von Vorständen, ob für Orts-, Gemeinde- oder
5 Stadträte sowie den Kreistag, mindestens eine Person unter 35 Jahren (sofern verfügbar)
6 auf einem aussichtsreichen Listenplatz aufweisen.

7 Als "aussichtsreich" definieren wir dabei alle Listenplätze, die bei der jeweils letzten
8 Wahl der selben Art gezogen haben.

9

10 **Begründung:**

11 Keine Begründung eingereicht.